

BEBAUUNGSPLAN der GEMEINDE GLEISWEILER

fassend einen Teil der Gemarkung „Am Kohlacker“












M. 1 : 1000



Bauliche Nutzung nach der BNVO : WR
REINES WOHNGEBIET

mit 1.
2. 21-
sonstige
den
beziehen
(L.L.)
gez. 12

Zeichenerklärung :

-  bestehende Bauvorhaben
-  geplante, teilweise im Bau befindliche Bauvorhaben eingeschossig mit 25 bis 30° Dachneigung
-  Begrenzung des Bebauungsgebietes
-  Baulinie
-  Baugrenze
-  aufzuhebende Grundstücksgrenzen und Straßenbegrenzung
-  neue Grundstücksgrenzen
-  verbindliche Grundstückseinfahrten
-  geplante Straßenerweiterungen
-  vorhandene Straßen
-  verbindliche Garagen-Neubauten

Textliche Festsetzung :

1. Im Baugelände dürfen pro Parzelle nur Wohngebäude mit einer Wohnerstellung werden.
2. Der Bauwuch muß, soweit die zeichnerische Darstellung des Bebauungsplanes nichts Gegenteiliges vorsieht, von Anbauten, Umbauten und Nebengebäuden freigehalten werden.
3. Von den Hauptgebäuden abgerückte Nebengebäude wie Garagen u.ä. grundsätzlich als Flachdachbauten auszuführen.
4. Die Baukörper müssen eine klare Gestaltung zeigen. Überladungen, Verzierungen, entstellende Bauteile oder nicht fachgerechte Verdünnungen bzw. Überschneidungen der Dachflächen werden nicht zugelassen.
5. Einfriedigungen an der Straßenseite dürfen 0,60 m Höhe nicht überschreiten.
6. Die Höhenlage der baulichen Anlagen wird von der Bauaufsichtsbehörde bestimmt.

Bauliche Nutzung nach der BNVO : WR
REINES WOHNGEBIET

G e n e h m i g t







mit RS. vom 25. Mai 1966
 Az. 421-521- La 17/2
 Neustadt an der Weinstraße,
 den 25. Mai 1966

Bezirksregierung der Pfalz
 Im Auftrag

(L.S.)

gez. Dipl.-Ing. König
 Oberbaurat

Zeichenerklärung :

-  bestehende Bauvorhaben
-  geplante, teilweise im Bau befindliche Bauvorhaben eingeschößig mit 25 bis 30° Dachneigung
- Begrenzung des Bebauungsgebietes
-  Baulinie
- Baugrenze
- ... aufziehende Grundstücksgrenzen und Straßenbegrenzungen
- neue Grundstücksgrenzen
- > verbindliche Grundstückseinfahrten
-  geplante Straßenerweiterungen
-  vorhandene Straßen
-  verbindliche Garagen-Neubauten

Textliche Festsetzung :

1. Im Baugebiet dürfen pro Parzelle nur Wohngebäude mit einer Wohnung erstellt werden.
2. Der Bauwuch muß, soweit die zeichnerische Darstellung des Bebauungsplanes nichts Gegenteiliges vorsieht, von Anbauten, Umbauten und Nebengebäuden freigehalten werden.
3. Von den Hauptgebäuden abgerückte Nebengebäude wie Garagen u.ä. sind grundsätzlich als Flachdachbauten auszuführen.
4. Die Baukörper müssen eine klare Gestaltung zeigen. Überladungen, Verzerrungen, entstellende Bauteile oder nicht fachgerechte Verschnidungen bzw. Überschneidungen der Dachflächen werden nicht zugelassen.
5. Einfriedigungen an der Straßenseite dürfen 0,60 m Höhe nicht überschreiten.
6. Die Höhenlage der baulichen Anlagen wird von der Bauaufsichtsbehörde bestimmt.

Überschlägliche Kosten :

1. Kanalisation	ca.	10 000,-- DM
2. Wasserversorgung	ca.	1 000,-- DM
3. Stromversorgung	ca.	7 000,-- DM
4. Straßenbau	ca.	5 000,-- DM
5. Planungskosten (Planung der Versorgungsleitungen, Kanalisation, Bebauungsplan etc.)	ca.	2 000,-- DM
		<hr/>
Gesamtaufwand für die Erschließung		25 000,-- DM
		=====

Begründung :

Die Ausdehnung der Ortschaft nach Nord-Osten wird mit der Verwirklichung dieses Bebauungsplanes abgeschlossen.

Das umgrenzte Bebauungsgebiet bildet ein Fläche von ca 1,00 ha. Geplant sind 8 Einzelhäuser.

Die Erschließung des Baugebietes ist bereits teilweise vollzogen.

Das im Bebauungsplan ausgewiesene Bauland ist Privateigentum. Die Möglichkeit der Versorgung des gesamten Gebietes mit Wasser und Elektrizität ist gegeben. Das Baugebiet kann ohne Schwierigkeiten an die geplante zentrale Ortskanalisation angeschlossen werden.

Zur Verwirklichung des Bebauungsplanes werden folgende Maßnahmen ergriffen:

Die Flächen des Gemeinbedarfs werden gem. Vertrag vom 12. März 1963 zwischen der polit. Gemeinde Gleisweiler und den betroffenen Grundstückseigentümern in das Eigentum der Gemeinde überführt.

Die überschläglich ermittelten Kosten, welche der Gemeinde durch die städtebauliche Maßnahme entstehen, betragen voraussichtlich rund 25 000,-- DM.



Gleisweiler, den 10. 2. 1965
 Die Gemeindeverwaltung:

[Signature]
 Bürgermeister

Der Bebauungsplan hat in der Zeit
 vom 10. DEZ. 1965 bis 10. JAN. 1966

zur Einsichtnahme aufgelegt.

Gleisweiler, den 1. MRZ. 1966

Aufgestellt:

Landau i.d.Pf., den 10.2.1965
 Landratsamt-Kreisbauamt

[Signature]
 Reg. Baubürgermeister



[Signature]
 Bürgermeister